



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 11. Dezember 2012

P121675

09.430 Parlamentarische Initiative. Opferhilfegesetz. Schaffung wichtiger Informationsrechte des Opfers; Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf der Kommission

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz, Bern.

Begründung:

Die Erweiterung der Informationsrechte zugunsten von Opfern nach OHG auf gesetzlicher Ebene wird nicht nur aus Gründen eines möglichst umfassenden Opferschutzes, sondern auch aus rechtsstaatlichen Überlegungen begrüsst. Es wird damit auch dem Grundsatz Rechnung getragen, dass im Falle von schwerwiegenden Einschränkungen von Grundrechten (in casu dem Recht der informationellen Selbstbestimmung, Art. 13 Abs. 2 BV) eine formell-gesetzliche Grundlage erforderlich ist. Aufgrund der speziellen Unterbringungen und häufigen Regimewechsel im Jugendstrafvollzug soll im Jugendstrafgesetz die Verweisungsnorm auf das Strafgesetzbuch noch einmal überprüft werden. Befürwortet wird zudem, dass die bestehende Lücke im Militärstrafprozess geschlossen wird.

